

Was sagt der BVMW zur Wirtschafts- und Finanzkrise?

Drei Kernaussagen:

- ◆ Die ersten Branchen sind von der Wirtschafts- und Finanzkrise voll erfasst. Die Liquiditätssituation des Mittelstands kann durch einfache Maßnahmen verbessert werden.
- ◆ Der BVMW-Stufenplan ist ein konsistentes und wirkungsvolles Konzept zur Konjunkturstimulierung. Er beeinflusst die Erwartungen an die Zukunft positiv und sorgt so für einen effizienten Mitteleinsatz.
- ◆ Die Soziale Marktwirtschaft wird auch diese Krise überstehen.

Vorbemerkung

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist die größte Herausforderung seit Jahrzehnten. Sie gewann im Laufe des letzten Jahres dramatisch an Brisanz. Sie unterscheidet sich von bisher bekannten Wirtschaftskrisen vor allem durch drei Merkmale:

- 1) Die Krise entstand im Verborgenen. Intransparente Finanzmärkte ermöglichten die Aufhäufung von Risiken, die in ihrer dramatischen Bedeutung nicht einmal den mit ihnen handelnden Akteuren erkennbar waren. Zweckgesellschaften, Kreditverbriefungen und eine Vielzahl daraus abgeleiteter Produkte lassen die tatsächlichen Risikopositionen von Banken bis heute im Dunkeln.
- 2) Der Staat musste retten. Anders als in früheren Krisen gelang es den internationalen Notenbanken nicht, mit geldpolitischen Instrumenten den Verlauf der Krise in den Griff zu bekommen. Die in konzertierten Aktionen beschlossene massenhafte Bereitstellung von Liquidität verfehlte zwar nicht ihre Wirkung in Bezug auf die Stabilisierung des Finanzsystems, scheiterte jedoch in dem Bemühen, den Geldmarkt wieder in Gang zu bringen und die Finanzierung der Realwirtschaft sicherzustellen. Die Finanzkrise griff so auf die Realwirtschaft über. Gleichzeitig sahen sich die Regierungen zu massiven Stützungsaktionen und

Konjunkturprogrammen gezwungen, um einen Zusammenbruch der Wirtschaft zu vermeiden.

- 3) Die globale Dimension. Erstmals ist eine schwere Wirtschaftskrise nicht auf eine bestimmte Region begrenzt. Anders als in der Schuldenkrise, der Asienkrise oder den verschiedenen Ölkrisen wird die Welt rund um den Globus gleichzeitig von Rezession bedroht.

In dieser historisch einzigartigen Situation fordert der BVMW eine der besonderen Lage angemessene Wirtschaftspolitik. Ein konjunkturpolitisches Wunschkonzert, das parteitaktischen Gesichtspunkten folgt, wird der Situation jedenfalls nicht gerecht. Ziel der Bundesregierung muss es sein, umgehend eine sich selbst verstärkende Beschleunigung der Abwärtsspirale zu stoppen. Dabei darf die Wirtschaftspolitik die notwendigen Anpassungen nicht verhindern.

Zu ergreifen sind sämtliche Maßnahmen, die geeignet sind, die inzwischen unvermeidliche Abschwungs- und Rezessionsphase so kurz wie möglich zu halten, damit gesunde und innovative mittelständische Unternehmen das wirtschaftliche Fundament für den nächsten Aufschwung bilden. Jede Krise hat ein Ende und auch in dieser Krise liegen Chancen. Diese gilt es schnell und entschlossen zu ergreifen.

Wie kann Wirtschaftspolitik effizient agieren und die Chancen aktivieren?

Der BVMW. Die Stimme des Mittelstands.

I Liquidität ist Trumpf

Zum Jahreswechsel 2008/09 lässt sich eine deutlich restriktivere Kreditvergabepraxis der Banken nicht mehr leugnen. Es werden mehr Sicherheiten gefordert, Finanzierungen werden teurer. Ursache für die Verknappung von Krediten an den Mittelstand sind Fehlspekulationen auf den internationalen Finanzmärkten und das Misstrauen der Banken untereinander. Rezessionsbedingt rechnen die Banken jetzt mit weiteren Zahlungsausfällen, was ihre Konzentration noch weiter auf die Reduzierung ihrer Risikopositionen und auf die Sicherung ihrer Eigenkapitalquote lenkt. Die Kreditvergabe an den Mittelstand wird darunter leiden.

TO DO: Die Bundesregierung muss gegensteuern, damit gesunde und profitable Unternehmen nicht aufgrund von unverschuldeten Liquiditätsproblemen in die Insolvenz getrieben werden.

NOT TO DO: Der Staat kann nicht alle großen oder schlecht geführten Unternehmen vor notwendigen Anpassungen schützen. Eine Pauschalrettung für alle – das übersteigt die Möglichkeiten des Staates.

Der Mittelstand ruft auch in dieser extrem schwierigen Ausnahmesituation nicht nach Subventionen. Wir fordern aber die Finanzbehörden und Sozialversicherungen zu einem flexiblen und innovativen Umgang mit kleinen und mittleren Unternehmen auf, die unverschuldet in Not geraten sind und bei denen unerwartete Liquiditätsengpässe auftreten. Eine Möglichkeit bestünde in einfachen und schnellen Verfahren, um **Steuern und Sozialabgaben** vorübergehend zu **stunden** oder Vorauszahlungen anzupassen. Wir schlagen vor, dass alle mittelständischen Unternehmen und Unternehmer das Recht erhalten, Steuervorauszahlungen **an den erwarteten Geschäftsverlauf anzupassen**. Eine Kürzung der Vorauszahlung für einzelne Steuer-

arten um bis zu 25 Prozent sollte automatisch als genehmigt gelten, darüber hinaus gehende Kürzungen wären zu begründen.

Die wirksamste und einfachste Maßnahme ist aber die generelle Steuerfreistellung von einbehaltenen Gewinnen. Dann können die Unternehmen wieder aus eigener Kraft investieren, Arbeitsplätze schaffen und Eigenkapital aufbauen. So wurde schon das Wirtschaftswunder ohne Fremdkapital finanziert. Ohnehin ist es ordnungspolitisch sinnvoller, den Betrieben die Gewinne zu lassen, anstatt diese erst zu besteuern und dann an marode Firmen als staatliche Subvention wieder zu verteilen.

Diese genannten Maßnahmen verändern nicht das Steueraufkommen, sichern aber den Unternehmen im Ernstfall Liquidität und machen sie unabhängiger von Bankenfinanzierungen.

Eine ebenso notwendige wie einfache Maßnahme ist auch die Streichung der gewinnunabhängigen Elemente aus der **Gewerbsteuer**. Zur Zeit müssen Unternehmen selbst dann Steuern auf Leasingraten, Miet- und Zinsaufwendungen zahlen, wenn sie keinerlei Gewinne erwirtschaften. Sollte sich eine solche Änderung kurzfristig nicht bundesweit durchsetzen lassen, muss den Kommunen unverzüglich ein Wahlrecht eingeräumt werden, ob sie auch in der Krise an den gewinnunabhängigen Steuerkomponenten festhalten wollen. Die Sicherung der kommunalen Wirtschaft dient auch der Stabilität der Kommunen. Es ist eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung, das ihr zufließende Gewerbesteueraufkommen zu steuern und die Zukunft der Unternehmen im Blick zu haben.

Mittelständische Unternehmen, die nicht wegen schlechter Zahlen, sondern aufgrund anderweitiger, nicht selbst verschuldeter Überlegungen eine Kündigung ihrer Kreditversicherung erhalten haben, sollten ein staatliches Angebot erhalten. Für viele Konzerne sind Kreditversicherungen eine Voraussetzung, um überhaupt Geschäfte mit dem Mittelstand zu tätigen. Förder- und

Der BVMW. Die Stimme des Mittelstands.

Bürgschaftsbanken sind gefragt, hier schnell in die Bresche zu springen und zu marktüblichen Konditionen **Kreditversicherungen** anzubieten.

Auf eine stärkere Eigenkapitalfinanzierung setzt der Vorschlag, die gesetzlichen Vorgaben für die "**Kleine Aktiengesellschaft**" zu vereinfachen. Die AG eignet sich besser als eine GmbH, Eigenkapital von mehreren, unterschiedlichen Gesellschaftern einzusammeln. Aber die bürokratischen Anforderungen sind zu umfangreich, orientieren sich an den Pflichten für börsennotierte Unternehmen. Hier fordern wir, die Umwandlung einer bestehenden GmbH in eine "Kleine AG" stark zu vereinfachen, etwa indem auf den zusätzlichen Gründungsprüfer verzichtet wird, wenn der geschäftsführende Gesellschafter zum Vorstandsmitglied der AG wird. Auch müssen die formalen Anforderungen für Hauptversammlungen von "Kleinen AGs" vereinfacht und die Zahl der Nichtigkeits- und Anfechtungsgründe reduziert werden.

II Bankenrettung: Effizienz statt Fass ohne Boden

Wenn es brennt, muss die Feuerwehr löschen. Die schnelle Ausarbeitung des Bankenrettungspakets mit einem gesamten Finanz- und Garantievolumen von knapp mehr als 500 Mrd. Euro war richtig und wird auch von der mittelständischen Wirtschaft begrüßt. Als Alternative drohte ein Bank-Run, das massenhafte Abziehen von Sparguthaben und der Zusammenbruch des Finanzsektors. Dennoch muss auch für das Rettungspaket nach Abwehr der unmittelbaren Gefahr die Frage nach der Effizienz der angebotenen Instrumente gestellt werden.

TO DO: Die Basel II-Regelungen sind mittelstandsfreundlicher zu gestalten.

NOT TO DO: Bankenrettung um jeden Preis. Alle Maßnahmen, die lediglich den Status quo konservieren und so den Abschwung künstlich in die Länge ziehen, sind zu unterlassen.

Beim Treffen der G-20-Regierungschefs und Finanzminister aus Industrie- und Schwellenländern Mitte November in Washington wurden wichtige Maßnahmen zur Stabilisierung des Welt-Finanzsystems beschlossen. Diese Beschlüsse decken sich weitgehend mit Vorschlägen, die BVMW-Präsident Mario Ohoven bereits vor Ausbruch der Krise unterbreitet hat: **Mehr Transparenz**, keine Risikogeschäfte außerhalb der Bilanz, Aufsicht auch über Ratingagenturen, bessere Abstimmung der Aufsichtsbehörden in Deutschland, Europa und weltweit.

Skeptisch sehen wir alle Änderungen in den Bewertungsvorschriften und überzogen günstige Rettungspakete. Dass Problembanken wie WestLB und IKB im November 2008 plötzlich enorme Gewinne ausweisen können, schafft mehr Zweifel als Vertrauen. Zeitbomben gehören entschärft, Ramschpapiere jetzt abgeschrieben. Japan hat in den 90er Jahren die Erfahrung gemacht, dass es wenig effizient ist, wenn Banken nach dem Platzen einer Immobilienblase versuchen dürfen, sich ohne starken Anpassungsdruck durch die Krise zu lavieren.

Das gilt auch für die aktuelle Krise, für die fallende Immobilienpreise der Auslöser waren. Für Immobilienkredite in den USA galten (leider) andere Regeln als für Kredite an den Mittelstand in Deutschland. Seit Basel II ist die Kreditvergabe nicht nur komplizierter und bürokratischer geworden, sondern Banken müssen bei Krediten an Unternehmen auch risikoadjustiert Eigenkapital hinterlegen, das heißt, der genaue Prozentsatz richtet sich nach dem angenommenen Risiko des Kredits, der in langwierigen Ratingverfahren ermittelt wird.

Probleme für den Mittelstand entstehen jetzt, wenn Banken aufgrund von Fehlspekulationen Abschreibungen vornehmen müssen und sich dadurch deren Eigenkapital vermindert. Eine Ver-

Der BVMW. Die Stimme des Mittelstands.

ringerung des an den Mittelstand vergebenen Kreditvolumens ist die unweigerliche Konsequenz.

Daher empfehlen wir, die **Basel II**-Regeln vorübergehend zu **modifizieren** und die Eigenkapitalhinterlegungssätze spürbar abzusenken. Dieser Schritt ist ein notwendiger Baustein, damit die Rettungs-Milliarden aus den Töpfen der Steuerzahler zu Gunsten der Banken einen realwirtschaftlichen Nutzen entfalten und eine weitergehende Kreditklemme verhindert werden kann.

Neben den kurzfristigen Wiederbelebungsmaßnahmen muss die Frage auf die Agenda, wie der deutsche Bankenmarkt langfristig aussehen soll. Die unter dem Mantel der Krisenbewältigung durchgeführten Fusionen schaden langfristig dem Wettbewerb. Generell gilt, dass statt weniger Superbanken (Deutsche & Postbank, Commerzbank & Dresdner Bank, fusionierte Landesbanken) unter staatlicher oder halbstaatlicher Aufsicht kleinere Institute, die selbst für eingegangene Risiken die Verantwortung übernehmen müssen, langfristig die volkswirtschaftlich bessere Lösung wären. Daher fragen wir: „**Kartellamt, warum so still?**“ Wenn schon Eigenkapitalspritzen und Garantien von fast 500 Milliarden Euro von der Gesellschaft getragen werden sollen, müssen auch Vorschläge auf den Tisch, wie der Missbrauch von staatlich subventionierter Marktmacht langfristig verhindert werden kann.

III Stufenplan für die Konjunktur

Anfang November 2008 hat die Bundesregierung einen 16-Punkte-Plan beschlossen, um die Konjunktur anzukurbeln. Einige Maßnahmen sind sinnvoll, wie etwa die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung. Volkswirtschaftlich gesehen ist der Pakt jedoch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, denn das Volumen des 16-Punkte-Plans ist mit 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts denkbar gering.

TO DO: 1. Steuern runter! 2. Bildung und Innovationen fördern! 3. Zusätzliche Infrastruktur modernisieren!

NOT TO DO: Jetzt das Pulver verschießen! Konjunkturprogramme funktionieren am besten, wenn alle glauben, dass die Talsohle erreicht sei. Nota bene: Mehr als 50% der Wirtschaft beruhen auf Psychologie.

Deutschland leidet seit Jahren an einer Schwäche des inländischen Konsums. Kein Wunder, nach einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um satte drei Prozentpunkte und einer "kalten Progression", mit der höhere Sätze zur Einkommenssteuer aufgrund der schleichenden Geldentwertung beschrieben werden. Probleme in der demographischen Entwicklung kommen hinzu, weshalb die Bevölkerung zum Abschluss von Riester- und Rürupverträgen aufgefordert wurde. Im Ergebnis liegt die Sparquote in Deutschland heute bei sagenhaften 11 Prozent - und mit einem Teil dieser Ersparnisse wurde auch die ungebremste Konsumlust der Amerikaner finanziert.

Aber im Ländervergleich ist die Situation für Deutschland eher komfortabel als dramatisch. Die Sparquote ist so hoch, dass genügend Reserven vorhanden sind, um den Konsum zu beleben. Da zur Zeit nahezu alle Exportmärkte gleichzeitig einbrechen, ist diese Strategie auch volkswirtschaftlich angebracht.

Der BVMW rät zu einem **Stufenplan**, um angemessen, wirkungsvoll und ohne Panik auch auf einen ungünstigen konjunkturellen Verlauf reagieren zu können. Der BVMW stellt hiermit ein **konsistentes Konzept** vor, wie auf die Konjunkturkrise reagiert werden sollte:

Schritt 1.) Sofort: Steuern runter! Eine BVMW-Forderung, der wir seit Juni 2008 mit einer bundesweiten Plakataktion Nachdruck verleihen.

Der BVMW. Die Stimme des Mittelstands.

Einfach und wirkungsvoll ist es, einbehaltene Gewinne steuerfrei zu stellen. So werden Liquiditätsreserven frei, die mittelständische Unternehmen in dieser Phase dringend benötigen. Auch aus Sicht des Finanzministers ist diese Maßnahme attraktiv, denn fiskalisch handelt es sich nur um eine Stundung, nicht aber ein Geschenk.

Zudem müssen in dieser konjunkturellen Phase die Einkommenssteuersätze vor allem für mittlere Einkommen drastisch gesenkt werden. Die für 2009 diskutierte Anhebung des Grundfreibetrags um drei Prozent reicht nicht aus.



Schritt 2.) Existenzgründungen, Bildung und Innovationen fördern

In Zeiten der Arbeitsplatzunsicherheit ist auch die Neigung von Angestellten höher, eine eigene Existenz zu gründen. Begünstigt werden könnte ein Existenzgründungsboom trotz Krise, wenn die Bundesregierung für alle Existenzgründer im Startjahr die Sozialversicherungsabgaben übernehmen würde. Eine solche generelle Regel wäre

effektiver, als nur Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit zu honorieren.

Ein von Bund und Ländern ausgestellter Weiterbildungsscheck über 100 Euro für jeden Arbeitnehmer ist mehrfach sinnvoll: Es wäre eine Investition in die Wissensgesellschaft und die Verwendung würde überwiegend im Inland stattfinden. Die Einlösung des Bildungsschecks könnte bei privaten oder staatlichen Institutionen (Hochschulen) stattfinden. Dies ist die wettbewerbliche Lösung für die Förderung des Bildungssektors.

Direkt an mittelständische Unternehmen sollten sich bundesweite Innovationswettbewerbe richten. Ein schnelles und unbürokratisches Ausschreibungsverfahren wäre effizienter und zukunftsfähiger als Subventionen für notleidende Autobauer. Ein zwischen Bund und Ländern koordinierter Innovationswettbewerb für das 1 Liter-Auto würde zukünftige Exportmärkte sichern, bei reinen Erhaltungssubventionen ist das nicht der Fall. Den Zuschlag erhalten die beiden zukunftsträchtigsten Projekte, damit Arbeitsplätze dort entstehen, wo Innovationen stattfinden.

Schritt 3) Geballte zusätzliche Ausgaben für Infrastruktur in kurzer Zeit

Bereits heute muss mit der Planung von zusätzlichen Infrastrukturprojekten begonnen werden, die dann in einer konzertierten Aktion gleichzeitig umgesetzt werden, wenn die Talsohle des konjunkturellen Zyklus erreicht ist. Diese Vorgehensweise sichert maximale Effizienz ohne den Staatshaushalt übermäßig zu belasten. Die Bündelung von zusätzlichen Infrastrukturausgaben in zwei bis drei Monaten würde weitere Investitionen und eine positive Änderung der Erwartungen (Psychologie) auslösen. Ein neuer selbsttragender Aufschwung kann beginnen.

Der BVMW. Die Stimme des Mittelstands.

Der skizzierte Stufenplan gewährleistet höchste Effizienz für die eingesetzten Mittel, da er die Erwartungen von Unternehmen und Konsumenten als maßgebliche Komponente mit berücksichtigt. Der monetäre Impuls einer expansiven Fiskalpolitik entfaltet nur dann die erhoffte Wirkung, wenn eine entsprechende Änderung in den Erwartungen ausgelöst wird. Hier setzt der BVMW-Stufenplan an:

Maßnahme	Psychologischer Effekt
Sofort: Steuern & Abgaben runter! Einbehaltene Gewinne steuerfrei stellen.	Mittelstand und Mittelschicht merken, dass sie nicht die Last der Finanzkrise allein tragen müssen.
Mittelfristig, während des Abschwungs: Existenzgründungen, Bildung und Innovationen fördern	Führt den Blick über die Ist-Situation hinaus. Erzeugt Vertrauen, dass nach der Rezession wieder ein Aufschwung folgt.
In der Talsohle: Geballte Investitionen in Infrastruktur	Beschleunigt die Umkehrung der Erwartungen: die Rezession liegt hinter uns.

IV Unternehmer: Sturmsegel setzen

Bei allen Vorschlägen an die Wirtschaftspolitik darf nie vergessen werden, dass der Unternehmer in erster Linie für seinen Erfolg selbst verantwortlich ist. Dies ist Teil unseres unternehmerischen und marktwirtschaftlichen Selbstverständnisses.

TO DO: Informieren, Erfahrungen austauschen, Strategien anpassen

NOT TO DO: Den Kopf in den Sand stecken.

Der BVMW moderiert den Erfahrungsaustausch, unterstützt Unternehmer mit Veranstaltungen, Informationen und stellt seinen Mitgliedern das umfassende Netzwerk zur Verfügung. Neben dem Beraternetzwerk zur Finanzierung sind im BVMW auch Kommissionen und Expertenringe zu den

Themen Außenwirtschaft, Gesundheit, Personal, Steuern, Nachhaltigkeit, IT und Forschungstransfer aktiv. Über zwanzig Büros in aller Welt unterstützen die Mitglieder auch in schwierigen Zeiten beim Aufbau von Handelsbeziehungen.

Weitere Informationen gibt es unter www.bvmw.de, sowie dem Beraternetzwerk www.ibwf.org.

V Die Welt geht nicht zu Ende

Seit September 2008 erhält die Pressestelle des BVMW im Durchschnitt eine Anfrage pro Tag einer TV-Station, dass dringend ein Unternehmer gesucht würde, der vor der Kamera beschreiben soll, wie die Bank ihm die Kreditlinien kündigte und er daher jetzt vor der Insolvenz stehe. Positive Beispiele werden von den TV-Redakteuren zur Zeit nicht angefragt. Mit anderen Worten: Insbesondere die Berichterstattung in den elektronischen Medien ist momentan verzerrt und spiegelt die Realität nur eingeschränkt wieder.

Dem stellen wir diese Grundüberzeugungen gegenüber:

- Das System der **sozialen Marktwirtschaft** wird auch diese Krise überleben. Das System ist flexibler und anpassungsfähiger als alle anderen Wirtschaftssysteme.

- Es gibt in Deutschland genügend Geldvermögen, um mittelständische Unternehmen mit Eigen- und Fremdkapital zu finanzieren. Dazu werden neue Intermediäre entstehen, die **alternative Finanzierungsformen** abseits des klassischen Bankensystems anbieten.

- Anders als 1929 koordinieren die Regierungen und Zentralbanken ihre Maßnahmen anstatt sich abzuschotten. Den Fehler einer restriktiven Sparpolitik in der Krise werden die Wirtschaftspolitiker jetzt nicht wiederholen.

- Auch in Deutschland sind erste sinnvolle Maßnahmen beschlossen worden, wie die Wiederein-

Der BVMW. Die Stimme des Mittelstands.

führung der degressiven Abschreibung oder die Ausweitung der KfW-Kredite.

- Das hohe Wirtschaftswachstum in Osteuropa und den anderen Schwellenländern wird sich nach der Krise fortsetzen. Die Menschen wollen in ihrem Lebensstandard aufholen.

- **Jede Krise hat auch eine Chance.** Beispiel: Die höhere Kaufkraft durch jetzt sinkende Rohstoffpreise wirkt für sich genommen schon wie ein kleines Konjunkturprogramm.

Die Gefahren der heutigen Politik liegen eher in einem falschen Verständnis von Marktgröße und dem unzutreffenden Glauben an die allumfassende Weisheit staatlichen Handelns. WestLB, Sach-

senLB, BayernLB und IKB haben nicht ohne, sondern mit staatlicher Aufsicht gigantische Fehlspekulationen getätigt. Marktkonzentration stabilisiert ein wettbewerbliches Wirtschaftssystem nicht dauerhaft, sondern führt zu Ineffizienzen - und Erpressbarkeit des Staates und seiner Steuerzahler. Die Möglichkeit des Scheiterns ist der beste Anreiz für eine nachhaltige Unternehmensführung. Diese ordnungspolitischen Überlegungen auch in krisengefährdeten Zeiten - trotz Anerkennung für die erfolgte schnelle Rettung des Bankensystems - wach zu halten, ist ein Anliegen der „**Stimme des Mittelstands**“ - des BVMW.

*Redaktion: MO/MV, politik@bvmw.de,
Stand: 8. Januar 2009*